http://jg-stadtmitte.de/2011/08/24/ddroppositionsgruppen/

Erklärung zur Sächsischen Polizeiaktion in Jena am 10. August 2011

August 24th, 2011

Am Mittwoch, den 10. August 2011 durchsuchten Sächsische Polizeibeamte auf Weisung des Amtsgericht Dresden auf Antrag der Staatsanwaltschaft Dresden Privat- und Diensträume von Lothar König, Stadtjugendpfarrer der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde von Jena. Sie beschlagnahmten Computer, Unterlagen und einen Lautsprecherwagen. Im Februar diesen Jahres hatte Lothar König in Dresden an den Demonstrationen gegen die Nazi-Aufmärsche teilgenommen und, so der Vorwurf der Staatsanwaltschaft, als Fahrer und Halter eines Lautsprecherwagens mittels selbst oder von Dritten vorgenommenen Durchsagen zu Gewalt gegen Personen und Sachen aufgewiegelt. "Schwerer aufwieglerischer Landfriedensbruch in Tateinheit mit versuchter Strafvereitlung sowie versuchter Nötigung" lautet der Vorwurf gegen ihn nach Paragraph 125, 125a, 240, 258 Strafgesetzbuch. Lothar König bestreitet diese Vorwürfe.

Wir, Mitglieder von DDR-Oppositionsgruppen, Aktivisten des Herbstes '89 und Weggefährten von Lothar König, protestieren aufs schärfste gegen diese Durchsuchungen und Beschlagnahmungen. Wir fordern die sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Lothar König, die Rückgabe aller beschlagnahmten Gegenstände und eine Entschuldigung der Vorfälle durch den Sächsischen Ministerpräsidenten Tillich.

Lothar König war seit Ende der 1970er Jahre in Thüringen aktiv in der Offenen Arbeit und der unabhängigen Friedensbewegung. Im Herbst 1989 gehörte er zu den Aktivisten der Friedlichen Revolution in Merseburg. Seit 1990 leitet er die JG Stadtmitte, die seit Ende der 1970er Jahre der wichtigste Ort der Opposition in Jena war und auch heute, trotz wiederholter Überfälle und Anschlägen von Nazis, einer der wichtigsten Orte für Direkte Demokratie in Jena darstellt.

Es ist ein Skandal, dass nach der Erhebung von fast einer Millionen Mobilfunkdaten per Funkzellenabfrage am 19. Februar diesen Jahres in Dresden insgesamt fast 700 Verfahren im Zusammenhang mit den Demonstrationen und Aktionen gegen den Europaweiten Aufmarsch von Nazis am 19. Februar 2011 von der Sächsischen Staatsanwaltschaft eingeleitet wurden. Offenbar gibt es in Sachsen starke politische Kräfte im Staatsapparat, die den Rechtsstaat als Polizei- und Obrigkeitsstaat interpretieren. Sie versuchen deshalb schon heute, politischen Kritiker/innen ihrer Methoden wie Lothar König mit Polizeistaatsmethoden einen Maulkorb zu verpassen. Wehret den Anfängen! Wir fordern die sofortige Einstellung aller Verfahren und eine lückenlose Aufklärung der Erhebung von Mobilfunkdaten.

Erstunterzeichner:

Irene Fechner	Rentnerin, Berlin
Wolfgang Geffe	Diakon, Lothar-Kreyssig-Ökumenezentrum, Jena
Sebastian Gerhardt	Stiftung Haus der Demokratie und Menschenrechte, Berlin
Bernd Gehrke	Publizist und Erwachsenenbildner, Berlin
Gullymoy S. Geißler	AG Offene Kirche/ AGOK Sachsen, Chemnitz
Kerstin Gierke	Berlin
Annett Gröschner	Schriftstellerin, Berlin
Thomas (Kaktus) Grund	Vorstand Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk", Jena
Anne Hahn	Autorin, Subkulturforscherin, Berlin
Dr. Renate Hürtgen	Historikerin, Berlin
Werner Jahn	Coloradio, Dresden
Wolfram Kempe	Schriftsteller, Berlin
Thomas Klein	Zeithistoriker, Initiative Vereinigte Linke, Berlin
Uwe Kulisch	Kurator, Freiheit e.V., Erfurt
Wolfgang Musigmann	Diakon, Erfurt
Judith Porath	Opferperspektive, Berlin
Peter Rösch	Restaurator, JG-Stadtmitte Jena
Wolfgang Rüddenklau	selbstständig, Berlin
Andreas Schreier	Dipl. Ing., Redaktion telegraph, Berlin
Anne Seek	Teilhabe e.V., Berlin
Marion Seelig	MdA, Berlin
Dirk Suchy	Musiker, Schauspieler
Dirk Teschner	Kurator, Redaktion telegraph, Berlin
Dietmar Wolf	Redaktion telegraph, Berlin
Offene Arbeit Erfurt	

http://jg-stadtmitte.de/2011/08/24/ddropositionsgruppen/

Kommentar zur Einstellung des Prozesses gegen Pfarrer Lothar König: Eine Entschuldigung wäre das Mindeste und ein Anfang

Kommentar

Michael Freitag
10.11.2014



Lothar König.

Foto: Robert Briest (Archiv)

Es war überraschend und es waren vielleicht die einzige wahren Worte in einem Dresdner Prozess, der über weite Strecken eher an eine Treibjagd, bestehend aus falschen Darstellungen, Vorverurteilungen und Hausdurchsuchungen, auf ein Großwild, als an ein faires rechtstaatliches Verfahren erinnerte. Nun sähen auch die „Justizverfolgungsbehörden in Dresden … keine `Schuld` des Pfarrers mehr, die eine weitere strafrechtliche Verfolgung rechtfertigen würde." Denn es hat sie nie gegeben. Lothar König hat das, was ihm zur Last gelegt wurde nie getan. Und nahm am Ende einen Vergleich an, der einer verrannten Dresdner Staatsanwaltschaft den Gesichtsverlust ersparen soll. Und ihm nach rund drei Jahren Verfolgung seine Ruhe zurückbringen. Öffentlich entschuldigt hat sich niemand bei ihm.

Ein übler, sumpfiger Nachgeschmack bleibt, wenn am heutigen 10. November ein Verfahren eingestellt wurde, was unhaltbare Vorwürfe gegen einen Jenaer Pfarrer zum Gegenstand hatte. Er habe „schweren Landfriedensbruch" begangen und andere zur Gewalt aufgestachelt, als er am 19. Februar 2011 mit seinem Transporter „Lauti" an der Demonstration gegen den alljährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden teilnahm. Eine Demonstration, welche längst in die Geschichtsbücher als der schlechteste Polizeieinsatz aller Zeiten mit dem größten Übergriff auf alle Teilnehmer durch 40.000 Handyortungen und durch eine verfehlte Polizeitaktik geradezu staatlich provozierter Gewalt in Sachsen eingegangen ist.

Den Dresdner Polizeichef kostete es damals den Job. Ein Bauernopfer wurde weggelobt, man versuchte den später festgestellten Rechtsbruch bei den Massenüberwachungen von Seiten des Staates so zumindest indirekt ihm allein in die Schuhe zu schieben. Weitere Beteiligte mussten sich jedenfalls bis heute nicht mit dem Verlust von Amt und Würden dafür verantwortlich erklären.

Die verantwortlichen Dresdner Staatsanwälte und Richter, welche die Maßnahmen genehmigt hatten, blieben im Amt. Eine Kultur des Umdenkens und vielleicht auch ein wenig Scham nach dem Übergriff auf die Grundrechte der tausenden, unbescholtenen Menschen in Dresden hätte dennoch einsetzen können. Doch es kam anders. Offenbar getreu dem sächsischen Justiz-Motto in Dresden: wer sich aktiv gegen Faschisten stellt, muss ein Linksradikaler sein, ging kurz darauf das juristische Kesseltreiben gegen Lothar König und weitere Menschen los. Ein Mann, den viele Jenaer und Jenenser als streitbar und schon vor 1989 als unbeugsamen Theologen kennen, sah sich auf einmal Verdächtigungen gegenüber, die sich nun allesamt als unwahr erwiesen.

Verdächtigungen eines Mannes, den man wie wohl wenige mit einem aufrechten Gang schon durch die Zeiten einer DDR-Diktatur verbinden darf. Und der diesen bis heute beibehalten hat.

Und nun wurde ihm in einer Demokratie mittels Polizei, Prozessverschleppungen und medialer Aufmerksamkeit „im Namen des Volkes“ erneut Unrecht angetan. So manchen Hetzkommentar rechtsradikaler und "besorgter" Mitmenschen gab es im Netz noch wohlfeil dazu. Eine schnelle Prozessführung, wie sonst bei so öffentlichkeitsstarken Prozessen üblich, gab es nicht.



Lothar König.

Foto: Robert Briest (Archiv)

Welch Geistes Kind hingegen Staatsanwälte und Richter sind, die eine Hausdurchsuchung in seelsorgerischen Amtsräumen anordnen, einem Pfarrer mit dem beschlagnahmten Transporter über Jahre das Eigentum seiner Gemeinde vorenthalten und sich ganz offensichtlich wenig bemühten, selbst das 200-Stunden-Rohmaterial vom 19. 2. 2011 aus ihnen bekannten Polizeikreisen zu beschaffen und bei den Anfangsermittlungen zu sichten, darf und muss man mittlerweile jedoch laut fragen. Die, höflichst formuliert, nicht ganz korrekten Aussagen von Polizeibeamten mussten scheinbar genügen, um die Ermittlungsmaschine in Gang zu setzen und am Laufen zu halten. Von den Aufnahmen sind ihre Angaben mittlerweile widerlegt, was bleibt ist auch hier die Frage: Wie sollen zukünftig Aussagen von Polizeibeamten gewertet werden? Als rein parteiische Stimme ohne besonderes Gewicht in einem Prozess?

Welche Arbeitsauffassung herrscht bei jener Dresdner Staatsanwaltschaft, dass es nach Auftauchen des diesmal unbearbeiteten Filmmaterials bis heute dauern musste, den unwürdigen Prozessverlauf zu beenden? Wo ist das Ermitteln in jede Richtung, auch denen, die einen Angeklagten entlasten, wenn die Auswertung der überraschend durch einen Berliner Polizeibeamten „entdeckten“ 200 Stunden Videobilder von der Demonstration am 19. Februar 2011 gemächlich vonstatten ging? Und man selbst vorher nie nach ihnen suchte. Im Vergleich heißt es nun: Die Staatskasse trägt die Kosten. Damit zahlt der Steuerzahler den Verfolgungseifer ohne Ergebnis und die offensichtliche Voreingenommenheit einiger weniger Polizeibeamten und Juristen auch noch.

Man sollte die Begründung zum Vergleichsvorschlag von Lothar König sehr genau lesen, vor allem einige staatlich bezahlte Juristen in Dresden. Sie zeigt etwas, was ihnen offenbar fremd ist: Lebensverständnis, gereifte Güte und den christlichen Willen, anderen Menschen dabei zu helfen, ihr Gesicht zu wahren. In diesem Fall Juristen, welche sich völlig verrannt zu haben scheinen. Es ist die Begründung eines Menschen,

der des Schauspiels aggressiver Kleingeistigkeit endgültig müde war. Er sah sich Juristen gegenüber, die sich offenkundig nur unter Zahlung einer Gebühr in Höhe von 3.000 Euro durch König bereit fanden, nun endlich wenigstens zuzugeben: da war nichts und da ist auch nichts.

Oder ganz einfach zu sagen: Der Mann ist unschuldig.

Dabei hatten sie ein Jahr Zeit, ihrerseits das Strafverfahren zu beenden und das Ergebnis zu verkünden. Stattdessen begann man erneut, Prozesstermin um Prozesstermin zu verschieben, ganz so, als ob es schon richtig wäre, dass Lothar König weiter vor Gericht erscheinen müsse. Wenn es nicht an den Spruch eines genervten Vaters gegenüber seiner verbockten und in Sturheit erstarrten Nachkommenschaft erinnern würde, könnte man sagen: Schämt Euch! Denn das Argument, dass solche Beendigungen von Verfahren zeigen würden, dass der Rechtsstaat ja funktioniere, ist diesmal nicht angemessen.

Ohne das Filmmaterial, hellwache, nicht billige Verteidiger und die offenkundigen Verrenkungen der Zeugen der Staatsanwaltschaft wäre Lothar König sehr wahrscheinlich für etwas verurteilt worden, was nie stattgefunden hat.

Mehr zum Thema:

Schluss mit dem Eiertanz: Strafverfahren gegen Jenaer Jugendpfarrer Lothar König eingestellt
Am Montag, 10. November ...

Hausaufgaben wieder nicht gemacht: Prozessauftakt gegen Lothar König durch das Amtsgericht abgesagt
Das Trauerspiel um den Jenaer ...

König-Prozess: Drei Jahre nach der Razzia gibt das Amtsgericht Dresden die Kennzeichen des Lautsprecherwagens frei
Es ist nun drei Jahre her ...

Bündnis 90/Die Grünen: Die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Pfarrer Lothar König ist eine Farce
Nachdem inzwischen die Verfahren ...

Was bleibt, ist ein übler Geruch von Willkür und das Gefühl eines erodierenden Vertrauens in die Rechtschaffenheit und Fairness der sächsischen Justiz. So schnell also kann man jahrelang verfolgt, beobachtet und öffentlich angeklagt werden, wenn man etwas gegen Neonazis und Menschenfeinde hat. Das Wort „Sumpf“ macht mal wieder die Runde. Eine Entschuldigung gegenüber Lothar König, seiner Gemeinde und seiner Kirche wäre das Mindeste und der Anfang einer Umkehr.

Die Begründung Lothar Königs zum eingegangenen Vergleich im Strafprozess wegen Landfriedensbruchs“ gegen ihn (übermittelt durch seine Anwälte): „Motiv für die Zustimmung des Angeklagten ist, dass er aufgrund christlicher Überzeugung nach der langen Phase des Haders und des Streits, unter der nach seiner Wahrnehmung nicht nur er gelitten hat, einen Beitrag zum Rechtsfrieden leisten will. Jurisdiktion ist Menschenwerk, das fehlsam ist. Der Angeklagte lässt sich bei seiner Entscheidung von seinem umfassenden seelsorgerischen Auftrag leiten, mit dem er sein gesamtes Leben verbindet.

Mit diesem Auftrag ist ein versöhnlicher Abschluss eines für alle Beteiligten massiv belastenden Ereignisses (Verfahrens) besser zu vereinbaren als „Rechthaberei“, die in diesem Falle die Suche nach irdischem Recht-Behalten wäre, obschon die Geschichte über die Ereignisse am 19. 2. 2011 – Gott sei Dank – längst hinweggegangen ist.“